

Wahlworte

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 43.

Halle, Mittwoch den 20. Februar 1918.

2. Jahrgang.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine vor dem Hauptausschuß des Reichstages.

Nach der gestrigen Plenar Sitzung des Reichstages wurde merkwürdigerweise noch der Hauptausschuß zur Vorbereitung des Friedensvertrages mit der Ukraine zusammenberufen.

Staatssekretär v. Kühlmann:

In seiner einleitenden Rede folgendes aus:

Das Verhalten der russischen Delegation, besonders das Trozki'sche, ist ein Verstoß gegen die Grundsätze, die bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Ukraine zu beobachten sind. Die russische Delegation hat sich einer unzulässigen Verhöhnung der ukrainischen Bevölkerung durch die Besetzung der ukrainischen Gebiete durch die ukrainische Armee schuldig gemacht. Die russische Delegation hat sich auch durch die Besetzung der ukrainischen Gebiete durch die ukrainische Armee schuldig gemacht. Die russische Delegation hat sich auch durch die Besetzung der ukrainischen Gebiete durch die ukrainische Armee schuldig gemacht.

treten der Ukraine und der Polen nicht hat stattfinden können. Hegi am nächsten Friedensschluß.

Die Volksdemokratie geht nicht mit sehr großen Mitteln gegen die Ukraine vor,

ein Verstoß für das Vorkommen von Lebensmitteln. Die Delegierten haben vorausgesetzt, daß die ukrainische Bevölkerung von den Russen gegen die Verteilung von Lebensmitteln in den ukrainischen Gebieten geschützt werden soll. Es geht aber, den Russen zu schenken, daß sie nicht etwa wegen des Cholera-Epidemien in Frage zu stellen. Wir hätten gerne einen Vertrag geschlossen, der den Frieden mit ganz Westeuropa gebracht hätte. Ich bedaure aber den Frieden mit der Ukraine als den Verlust für den Frieden mit ganz Westeuropa. Damit liegt die Verantwortung.

Der Bundesrat

hat gestern dem Friedensvertrag mit der Ukraine zugestimmt.

Die sozialdemokratische Fraktion

nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Bericht des Fraktionsvorstandes über die Verhandlungen der letzten Woche. Am Anhalt'schen Tag fand eine lebhafte Aussprache statt über den Friedensvertrag mit der Ukraine. Als Redner zu diesem Friedensvertrag wurde Abgeordneter Dr. David bestimmt.

Fragen an Czernin

In der letzten Verhandlung in Wien-Vienna hat Graf Czernin erklärt, die Ukraine trete durch den Friedensvertrag zu den Mittelmächten in das Verhältnis eines neutralen Staates, nicht eines Verbündeten. Er bestränkte diese Aufstellung durch den Nachsatz: „Das Verhältnis der Ukraine zu den Mittelmächten geht über die Grenzen der Neutralität hinaus.“ Er erklärte, die Ukraine trete zu den Mittelmächten in das Verhältnis eines neutralen Staates, nicht eines Verbündeten. Er bestränkte diese Aufstellung durch den Nachsatz: „Das Verhältnis der Ukraine zu den Mittelmächten geht über die Grenzen der Neutralität hinaus.“

Aus diesem Anlaß folgte die Wiener Arbeiterzeitung an den Grafen Czernin einige Fragen:

Wir fragen nun den Grafen Czernin, wie seine Ansicht, in der Ukraine zum Schutze der Rada einzutreten, mit seiner Erklärung in Wien-Vienna vereinbar ist. Die Ukraine ist, erklärt er ganz richtig, durch den Friedensvertrag ein neutraler Staat für uns geworden, kein Verbündeter. Aus dem Begriff der Neutralität ergibt sich weder das Recht, uns in die Streitigkeiten dieses neutralen Staates mit anderen Staaten zu mischen, noch eine Pflicht, dem neutralen Staate, wenn er sich bedrängt fühlt, zu Hilfe zu kommen. Wir fragen nun den Grafen Czernin, der ausdrücklich erklärt hat, das Verhältnis der Ukraine zur österreichisch-ungarischen Regierung geht über die Grenzen der Neutralität hinaus, wie er nun in diesem Verhältnis einsteigen will, und was ihm das Recht in der Ukraine militärisch aufzutreten, und diese Pflicht, zum Schutze der Rada einzutreten, mit dem ukrainischen Neutralitätsbegriff, mit dem der Friede geschlossen wurde, doch in Einklang zu bringen ist.

Dieses Recht, in der Ukraine militärisch aufzutreten, und diese Pflicht, zum Schutze der Rada einzutreten, muß mit dem ukrainischen Neutralitätsbegriff, mit dem der Friede geschlossen wurde, doch in Einklang zu bringen ist.

Unser Wiener Arbeiterblatt stellt ferner fest, daß die Erklärung Trozki's allgemein als der Friede mit Auslands aufgegeben worden sei und daß diese Aussage einen festen Stützpunkt in der übereinstimmenden Auffassung Kühlmann's und Czernin's gefunden habe, nach der für weitere Verhandlungen und für die Gestaltung der gegenseitigen diplomatischen, konsularischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen in den in Petersburg weilenden Kommissionen des Vierbundes eine Handhabung gegeben sei. Für die Tagung hat alles anders gelaufen. Da habe plötzlich nach dem gleichen Herrn Kühlmann die Erklärung Trozki's das Mittel zur Wiedereröffnung des Kriegszustandes abgeben müssen.

Wie diese Umstände geben der Wiener Arbeiterzeitung Anlaß zu dieser Frage:

Nachdem Graf Czernin nun erklärt hat, daß darüber alles Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland herrscht, so fragen wir ihn, ob auch der Meinung ist, daß jene Verhandlung, die er Sonntag als den Frieden mit Auslands feiern ließ, die Eröffnung des neuen Krieges mit Auslands ist. Wir fragen ihn: ob er glaubt, die nötige und sofortige Mobilisierung der Streitkräfte sei die Rückmeldung des Waffenstillstandes. Wir fragen ob sich sein „volles Einverständnis“ auf das bezieht, daß der Staat der sich selbst einsetzt, mit Krieg überzogen werden darf.

Auf die Antwort Czernin's darf man gespannt sein. Vielleicht wird man beruhigt werden!

Preussische Wahlreform und deutsche Außenpolitik.

Von Hermann Müller-Reichenbach.

Wenn wir daran denken, daß die preussische Wahlreform eine deutsche Frage ist, so kann dennoch nicht gelugnet werden, daß ihre Erledigung, rein objektiv betrachtet, eine große außenpolitische Bedeutung hat. Im Ausland wird der Einfluß Preußens auf das Deutsche Reich nicht verkannt. Dieser Einfluß, der sich in der Geschichte des gesamten Deutschen Reichs so oft in reaktionärem Sinne geltend machte, kann nicht gelugnet werden. Er ist tatsächlich da, wenn auch im Ausland oft falsche Vorstellungen darüber bestehen, auf welchen Wegen er sich äußern kann. Wer des öfteren Gelegenheits hat, mit Ausländern über deutsche Verfassungsverhältnisse zu reden, der hat gefunden, daß im Ausland leicht bei Vorurteilen oft ganz irrtümliche Meinungen über das deutsche Staatswesen verbreitet sind. Das ist nicht erst seit dem Kriege so. Niemand mußte das besser als August Bebel, zu dem in Berlin und Zürich Sozialisten aus aller Herren Länder gerne pilgerten, um sich seinen erlebten Mut zu holen. Weil Bebel die im Ausland so stark verbreitete Unwissenheit über deutsche Dinge konnte, wurde auf seine Initiative, als sich die Vertreter der Arbeiterinternationale 1907 zum erstenmal auf deutschem Boden versammelten, dem Bericht des Parteivorstandes an den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart ein besonderes Einleitungsheft voranlegt, in welchem im einzelnen auseinandergesetzt wurde, daß das Deutsche Reich mit preussischer Spitze kein Einheitsstaat sei, sondern ein Staatenbund.

Die Ausländer sehen vor allem vom Deutschen Reich die preussische Spitze. Mit dem Schlagwort vom Kampfe gegen den „Prussianismus“ verstanden die Kriegsheter der Entente immer wieder die Völker in die Kriegselendlichkeit hineinzuführen. Es gibt freilich auch im Ausland Leute, die mit guten Gründen den Kampf gegen dieses Schlagwort aufzuheben. So hat der junge H. Anderson, der einen Distrikt Sheffield's im englischen Unterhaus vertritt, schon vor Jahr und Tag seinen Kandidaten ironisch gesagt: „Wir sind zur Verteidigung des „Prussianismus“ in den Krieg gezogen. Was sind die vornehmlichen Kennzeichen dieses „Prussianismus“? Die allgemeine Wehrpflicht und das Schulzwangsamt. Im Verlaufe des Krieges haben wir die allgemeine Wehrpflicht bereits in England eingeführt, und wenn der Kampf noch lange dauert, werden wir den Preußen auch noch das Schulzwangsamt nachmachen.“

Von dem schlüssigen Kennzeichen des „Prussianismus“, dem Treiffahnenabdruck, sprach Anderson freilich nicht. Daß nun das Treiffahnenabdruck nachmachen könnte, auf einen so verriethen Gedanken kann ein Ausländer natürlich niemals kommen. Ganz im Gegenteil. Hier oben die Engländer wieder die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt. Mitten im Kriege hat selbst das Haus der Lords die Dringlichkeit der Abänderung der englischen Verfassung anerkannt und einer demokratischen Wahlreform seine Zustimmung gegeben, die auch einem Teile der Frauen das Wahlrecht zum Unterhaus gewährte.

Wir sind in Preußen aus solchen Vorfragen endlich lernen? Es war eine schwere Schuld der Regierung Wilhelms und Bethmanns, daß sie die preussische Wahlreform nicht vor dem Kriege durchführten. Sie rechneten damit, daß dieser Weltkrieg eines Tages kommen würde, für dessen Ausbruch sozialistische Interessengruppen und die Wehrtruppen mehr als ein Jahrzehnt hindurch die Atmosphäre geduldet hatten. Als in den Voraussagen 1914 die halbe Welt gegen Deutschland in die Schranken trat, hätte es wenigstens vor den Neutralen viel günstiger ausgesehen, wenn es nicht mit dem reaktionären Treiffahnenabdruck des sibirischen Bundesrates behaftet gewesen wäre. Könnte aber nun einmal Preussens Wahlreform nicht als ein Zeichen der Demokratie angesehen werden, so muß darin noch der dem Krieges schließliche Gefassen werden. Jede Verbesserung der preussischen Wahlrechtsverhältnisse, wie sie die Reaktionen im Abschneiden haben jetzt verloren, würde sich früher oder später wieder rufen. Wenn dieser Krieg nicht der Vorläufer neuer Kriege werden soll, so müssen im kommenden Frieden die Völker wieder Vertrauen zueinander gewinnen. Im Ausland wird man aber um so mehr und um so schneller Vertrauen in den freilichlichen Absichten des deutschen Volkes gewinnen, je freilichlicher die deutschen Verfassungsverhältnisse am Kriegsende gestaltet sind. Dazu ist aber in erster Linie die innere Durchsichtigkeit des öffentlichen, also dem Volk und seinem Wahlrecht für Preußen nötig. Die deutsche Freiheit ist erst dann fest verankert, wenn in Preußen dem sibirischen Bundesrat, das die Wahlreform ist, wie im Reich und so einer vorläufigen Entscheidung im Reich und in Preußen die Wahlreform sind. Es handelt sich hier um eine Reform, die für die Zukunft des Deutschen Reiches von der größten Bedeutung ist. Die öffentliche Meinung muß sich bilden, daß die Parteien das erkannt hat und mit allem ihr zu Gunsten freilichlichen Mittel alles Einvernehmen bereit ist, daß in Preußen der Wille des Volkes zur Geltung kommt.

bestimmte Vereinbarungen getroffen worden, so daß wir noch im Laufe des Jahres davon Bericht hören werden. Die Grenzen des Gouvernements Gebiet sind noch nicht fest bestimmt, sondern werden durch eine gemischte Kommission festgestellt werden. Die sich aus Vertretern der Ukraine und Polens zusammensetzen wird. Nebenher spielt zum Schluß die Annahme des Vertrages.

Ug. Wehr (Rent.): Bei den Verhandlungen mit der Ukraine hätten Vertreter Polens als Teilnehmer an der Arbeit werden sollen. Denn nicht nur die Zustimmung des Cholmer Reiches zur Ukraine unterliegen. Bis auf diesen Punkt kann dem Friedensvertrag im ganzen zugestimmt werden.

Ug. Seba (Wol): Die letzte entscheidende Verhandlung dagegen ein, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine so wenig beachtet werden soll. Ganz unverständlich ist die Abweisung des Cholmer Reiches, der schon vom Wiener Kongreß als Polen gebildet worden wurde. Daher sei eine Korrektur des Vertrages unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der polnischen Bevölkerung des Cholmer Reiches notwendig. Ugenio wenig dürfen Gredno und Wasiloff, ukrainische Gebiete, zu Polen angeschlossen werden.

Ug. Bedono (Kladis, Gen.): Ich bedauere die Vorlesung des staatsrechtlichen Aktes, aus dem die Reichsregierung das Recht ableitet, mit der Ukraine, einem Verbündeten des russischen Reiches, einen Friedensvertrag abzuschließen.

Ug. Waumann (Korische, Volks): Frage: Wie liegen die staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine? Welches Wissen liegt zur Einsetzung dazu vor? Wie ist die Vereinbarung in der Konferenz von Wien abgeschlossen worden kann, ist fraglich. Soll durch die zwei Kaiserproklamationen vom November 1916 die Gestaltung Polens von dem Verhalten der Völker abhängig gemacht werden, so würde das einen solchen Eintrag machen.

Ug. Bohn (Wol): Die von den Abgeordneten Bedono genannten Friedensverträge erhaltenen Vorkenntnisse kann ich nicht teilen. Wer es ernst meint mit dem Selbstbestimmungsrecht, der muß auch der Ukraine einräumen, dieses Recht auszuüben. Nach der Ansicht Bedono's wäre es gar nicht möglich, mit einem während des Krieges auszubereitenden Staatsvertrage über dessen Frieden zu schließen. Am besten besteht die einzige Lösung darin, auf die Politik, es darf nicht wie bisher von zwei Zentren aus eine sich vielfach kreuzende Politik betrieben werden.

Ug. Graf Wehr (Wol): drückt seine Aufregung über den Friedensvertrag mit der Ukraine aus. Durch den Vertrag mit der Ukraine sei auch den Wünschen der Türkei hinsichtlich der Grenzbestimmung entgegengekommen. Die Schritte der Wehr gehen auf die deutsche Botschaft in Konstantinopel zurück.

Ug. Stresemann (Wol): beschäftigt sich mit einer Aufzählung in Wien, daß förmliche deutsche und andere Abklärungen über die unbestimmten Absichten und Absichten unter dem Selbstbestimmungsrecht beruhen können. Die Annahme, daß der deutsche Selbstbestimmungsrecht in entgegen dem Gefühl, vor der russischen Annahme der Sache zu stehen.

Ug. Wehr (Wol): Wir stimmen dem Friedensvertrag mit der Ukraine zu. Dieser Vertrag ist es uns natürlich gewesen, wenn es aus dem Vertrag mit dem Vertrag mit der Ukraine ein Vertrag zu kommen. An erster Stelle ist für uns das bestmögliche Interesse maßgebend. Von ihm her dürfen wir leben Einverständnis, der diesem entscheidenden Akt ein Ende macht. Wir bedauern den Frieden, weil er unter Umständen die Möglichkeit bietet, unsere Ergebnisse zu sichern. Wenn nicht immer einmütige die Interessen der Völker in dem Vertrag mit der Ukraine berücksichtigen sind, so ist hierfür das Verhalten der in diesem Zusammenhang die Kaiserproklamationen als unzulässige Eingriffe anzusehen. Daß, nachdem immer wiederholt, ob sich nicht durch eine andere Wendung der Dinge weitgehendes polnische Verwirklichung finden.

Staatssekretär v. Kühlmann:

beantwortete die im Verlaufe der Beratung vorgebrachten Fragen in längeren Ausführungen. Das ein Gebotenaustausch zwischen Ver-

Die Ausschussberatung der preussischen Wahlrechtsvorlage.

In der Dienstag-Sitzung des Verfassungsaußschusses des Abgeordnetenhauses polémique zunächst ein Replique gegen die Konventionen. Die getriggerte Erklärung Dr. Friedbergs habe das Prinzip des gleichen Wahlrechts aufgegeben. Ein Verhältniswahlrecht nur für den Osten würde ein Ausnahmeregime gegen die Polen bedeuten.

Ein Konservertiber führt aus, das Volk habe jetzt ein richtiges Verständnis für die politischen Realitäten. Auch durch die Gefahr von Irthümern dürfen sich die überzeugten Gegner des gleichen Wahlrechts nicht auf keine Begebenheit einigen lassen.

Ein Zentrumsdemokrat befragt das verfassungsmäßige Wahlrecht, zumal es sich im Landtage nicht so sehr um Verfass- und Verfassungsfragen handle, sondern um Kirche, Schule, Kunst und Wissenschaft. Die Vorberatung möge das Zentrum einbringen, sobald bestimmte Anträge vorliegen.

Ein Ministerialdirektor teilt eine Aeußerung des braunschweigischen Staatsministers über die dort bestehende Wahlpflicht mit, wonach bei direkten Wahlen die Wahlpflicht nicht aufrecht zu erhalten wäre. Bei solchen Maßnahmen wie in Braunschweig und bei den eigenen Wahlen im Reichstag zu prüfen.

Ein Zentrumsdemokrat tritt namens der christlichen Arbeiter entschieden für das gleiche Wahlrecht ein, das durch die Vorlage nicht einmal gebracht werde, da die ungerichte Wahlverteilung bestehen bleibe. Auch die Zusammenfassung des Abgeordnetentages in eine gemeinsame Sitzung gegen die bestehenden Rechte und die Vorberatung möge, nachdem oben erwähnt wurde, die nötige das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihr gesichert werden.

Ein Volksparteier meint, die Konventionen seien nur geneigt, ihren Vorherrscher die politische Reife auszubilden. Er werde sich dem eingehend gegen den konventionellen Antrag; die Zustimmung für Wahlrechtsänderungen würde auf dem Wege der Landtage her bekommen, die wirtschaftliche Selbständigkeit haben sehr viele Kriegsteilnehmer verloren, die Zugabnahme für Bildung würde diejenigen, die nicht damit befaßt werden, als ungebildet hinführen, und die Verdrängung der Rinderzahl würde die entgegengelegte Wirkung erzeugen, als bei Beschränkung der Rinderzahl.

Ein Zentrumsdemokrat meint u. a., hätte wohl jeder Arbeiter 6000 Mark, er ist also zur Ergänzung der Steuern fähig und aufstrebend. Die Steuer ist nicht zu hoch, das ist wohl überall über den Gemeinbedarf hinaus Steuern gehen. Sie würden also die Zugabnahme erhalten. Man könnte über das gleiche Wahlrecht vielleicht anders reden, wenn nicht die unglückliche Wahlrecht Verhältnisse die Arbeiter, die bereits in andere geworden waren, in das sozialdemokratische Lager zurückzuführen könnten. Ein man konnte, wie in Frankreich, ein sozialdemokratisches Parteiprogramm mit Zustimmung des Oberbürgermeisters die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen beschließen hat.

Der Sozialdemokrat verlangt darüber, auf die Ausführungen der Konventionen zu berücksichtigen, das man die meisten hier hat setzen in der sozialdemokratischen Partei, das man die Arbeiter es las, hat er sich gefragt, wie man nur solchen Einfluss schreiben könne. Gegenüber der nationalliberalen Behauptung vom Wotung stellt der Redner fest, daß nach seinen Erhebungen bei den Verhandlungen zwischen den Parteiführern des Reichstages kein Sozialdemokrat sich mit einem Wahlrecht abgefunden hat, es ist unmöglich, daß sich nur der Eindruck entstehen konnte, als würde sich die Sozialdemokrat mit einem Wahlrecht zufrieden geben. Die letzten Ausführungen Dr. Friedbergs haben den Redner unangenehm berührt. Die Regierung, die bisher stets für das gleiche Wahlrecht eingetreten war, hat damit den Boden der Vorlage verlassen. Was es für einen Zweck hat, das gleiche Wahlrecht zu erklären, ist ihm ein Rätsel. Die Ausführungen für das Zustandekommen der Reform sind dadurch nicht gerade getilgt, die Konventionen werden auch der oben gehörigen Erklärung auch gegen das gemäßigtere Wahlrecht stimmen und zu ihnen werden sich diejenigen stellen, die das Wahlrecht ablehnen, weil sie das gleiche Wahlrecht haben wollen. Unmöglich ist es, heute noch für ein Wahlrecht einzutreten, das sich auf Vermögens- und Einkommen stützt. Nach dem Stiege dürften die hohen Einnahmen durch große Arbeitslosigkeit ersetzt werden. Und wie benachteiligt ein solches Wahlrecht die Kriegsteilnehmer! Auch eine Zugabnahme für höheres Alter können wir ab, denn die Arbeiter vieler Betriebe werden infolge der unglücklichen Zustände in jungen Jahren die Entscheidung über ihr Leben und die Entscheidung über ihren allein leben wir, als ein Ausnahmeregime gegen die Polen ab.

Das weitere Debattieren ziehen die Konventionen ihren Antrag zurück und es wird ein Konservertiberministerialdirektor Antrag eingebracht, wonach Zugabnahmen erhöht werden; diejenigen, die 50 Jahre alt sind und mindestens 3 Jahre im Reichstag, die 50 Jahre alte, die 40 Jahre alten oder die 30 Jahre alten, die zur Ergänzung der Steuern fähig sind; die über den Gemeinbedarf hinaus über 3000 Mark Einnahmen zur Steuer beitragen; diejenigen, die mindestens eine verdingungsähnliche Stellung bekleiden oder mindestens 2 Helfer unverheiratet bekleiden; diejenigen, die das Ziel einer Mittels- oder Realschule, die in der britischen Klasse einer mehr als sechsklassigen höheren Schule oder die Aufnahme in die 3. Seminarklasse einer Lehrerbildungsanstalt erreicht haben.

Weiterberatung Mittwoch nachmittags.

Rußland zum Frieden bereit!

Berlin, 20. Februar. Staatssekretär v. Kühlmann verlas im Verlauf seiner heutigen Rede im Reichstage nachstehenden Zusatzspruch der bolschewistischen Regierung in Petersburg an die deutsche Regierung:

Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschlossenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Breslau-Bittom gestellt wurden (Hört, hört! auf allen Seiten des Hauses). Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten Bedingungen unverzüglich gegeben werde. (Hört! hört! Lebhafter Bewegung im ganzen Hause.)

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Februar.

Westlicher Kriegskampftag.

Generalgruppe Kronprinz Rupprecht. Hässliche Vorhölle des Feindes am Hausbühler Wald westlich von Jern und bereitete der Scarpe am Abend geistiger Feuerkampf.

Generalgruppe Deutscher Kronprinz. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Generalgruppe Westfälischer Infanterie. Am Cisse-Wiese. Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Gefechtskämpfe.

Das Saas ehrt hierauf das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Stadthagen (II. Sos.) und Berlo (Str.) in der üblichen Weise. Ein Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Berlo (II. Sos.) wegen Verstoß gegen das Gesetz des Delegationsauftrages wird der Verfassungsausschusskommission überwiesen. Es folgen

kurze Anfragen.

Mg. Lebour (II. Sos.) stellt fest, daß entgegen einer im Juni 1917 erteilten Auskunft die Generalverwaltung der Disposition der Dispositionen des Reichsarchivs nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegt, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegt.

General v. Weisberg: Das Verbot ist erst nach der im Juli erteilten Auskunft erteilt worden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß bei dem Verbot der Dispositionen des Reichsarchivs die Generalverwaltung geeignet war, Urkunde und Kämpfe in den 2. und 3. zu tragen. (Lachen bei II. Sos.) Und so die Munitionserzeugung zu erforschen. Derartige Kämpfe müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt vermieden werden.

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Mg. Lebour (II. Sos.): Ist dem Reichstag bekannt, daß die oben genannten Dispositionen in der Tat nicht in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen, sondern in den Händen der Dispositionen des Reichsarchivs liegen?

Politische Ueberblick.

Deutsches Reich.

Die Koblener Reichstagsnachwahl.

wobei der „linke“ Zentrumsmann Barner Greber gegen den offiziellen Kandidaten, Generalleutnant Steindler aufgestellt wurde, wird einander scharf erörtert. Greber war früher Barner im Kaiserreich und erfreute sich wegen seiner unerschütterlichen politischen Haltung allgemeiner Beliebtheit; von besonderer Wichtigkeit ist aber, daß sich Greber, im Gegensatz zu dem kirchlichen Generalleutnant, ganz rückhaltlos auf den Standpunkt der Reichstagsresolution vom Juli 1917 gestellt hatte und überall für einen Frieden des Ausgleichs und der Verfassung eintrat. Es ist nun sehr bemerkenswert, daß nicht nur die offizielle Parteileitung, sondern auch die gesamte Koblener Parteileitung gegen ihren Amtsinhaber, den „Duertreiber“, Sturm lief; in einer geharnischten Erklärung gegen ihn wurde kein Fall „als einzig dastehend“ bezeichnet. Man drohte ihm sogar mit kirchlichem und religiösem Boykott. Alle Wadenschriften gegen ihn sind indes wirksam worden; er verlor die Wahl dem Herrn v. Weisberg, und die Arbeiterbewegung trat an die Spitze der Wahlkampagne.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung. Dienstag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Im Bundesrat: H. Weyer, Frhr. v. Stein, v. Strauß, W. Müller.

Präsident Dr. Dingeldey eröffnet in Vertretung des durch einen Krankheitszustand verhinderteten Präsidenten Dr. Kaempff die Sitzung mit folgender Ansprache: Seit wir nach unserer letzten Tagung auseinandergegangen, sind feine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die Veranlassung zu besonderen Verhandlungen geben konnten. Die Veranlassung zu besonderen Verhandlungen geben konnten. Die Veranlassung zu besonderen Verhandlungen geben konnten.

Wir haben mit dem neuen Staat der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile ehrenvoll genannt werden kann. Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewalttätige Aktionen und ohne Einmischungen zu verhandeln. Ein Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betroffenen Lande in dauerndem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieser ist ein Ziel, das mit der übrigen Teilung Russlands den Frieden zu erreichen. Wenn es unsern Diplomaten nicht gelungen ist, auch Großrussland zum Frieden zu bringen, und wenn der Kriegszustand noch monatelang bestehen bleibt, wiederhergestellt ist, so ist es nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer ergiebigen Hilfe werden, in dauerndem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieser ist ein Ziel, das mit der übrigen Teilung Russlands den Frieden zu erreichen.

Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewalttätige Aktionen und ohne Einmischungen zu verhandeln. Ein Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betroffenen Lande in dauerndem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieser ist ein Ziel, das mit der übrigen Teilung Russlands den Frieden zu erreichen.

Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewalttätige Aktionen und ohne Einmischungen zu verhandeln. Ein Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betroffenen Lande in dauerndem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieser ist ein Ziel, das mit der übrigen Teilung Russlands den Frieden zu erreichen.

Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewalttätige Aktionen und ohne Einmischungen zu verhandeln. Ein Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betroffenen Lande in dauerndem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieser ist ein Ziel, das mit der übrigen Teilung Russlands den Frieden zu erreichen.

Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewalttätige Aktionen und ohne Einmischungen zu verhandeln. Ein Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betroffenen Lande in dauerndem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieser ist ein Ziel, das mit der übrigen Teilung Russlands den Frieden zu erreichen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Herings. Donnerstag, vormittags 10^h—12^h Uhr. Nr. 14001—17500, nachmittags von 2—6^h Uhr. Nr. 17501—21000 der Lebensmittelkarte in der Talamtschule. Jede Person etwa 110 Gramm zum Preise von 2 Pf.

Reife-Gemüse. Donnerstag, vormittags von 10^h—12^h Uhr. Nr. 14001—17500, nachmittags von 2—6^h Uhr. Nr. 17501 bis 21000 der Lebensmittelkarte in der Talamtschule. Jede Person 1/2 Pfund zum Preise von 75 Pfennig.

Quark. Donnerstag auf den besonderen Festpreis für Kinder und der Lebensmittelkarte Nr. 14001—17500 bei 21000 der Lebensmittelkarte in der Talamtschule. Jede Person 1/2 Pfund zum Preise von 30 Pfennig.

Obst. Donnerstag auf den besonderen Festpreis für Kinder und der Lebensmittelkarte Nr. 14001—17500 bei 21000 der Lebensmittelkarte in der Talamtschule. Jede Person 1/2 Pfund zum Preise von 30 Pfennig.

Obst. Donnerstag auf den besonderen Festpreis für Kinder und der Lebensmittelkarte Nr. 14001—17500 bei 21000 der Lebensmittelkarte in der Talamtschule. Jede Person 1/2 Pfund zum Preise von 30 Pfennig.

Polnische und österreichische Staatskrise.

Das Kabinett Seidler, dessen Rücktrittsgesuch Kaiser Karl von Österreich abgelehnt hat, schwand noch immer in der Luft, weil es keine Mehrheit für das Budget finden kann. Die Budget-Abrechnung der Polen, Tschechen und Südböhlen richtet sich nicht gegen die augenblicklich im Amt befindliche Regierung, sondern gegen den Staat selbst in seiner heutigen Form. Von dem gemäßigteren Österreich wollen diese Völker nichts mehr wissen, und die Sozialdemokraten sind nicht gewillt, es zu tätigen, selbst die Deutsch-Bürgerlichen sind mit Widerstreben dazu bereit. Damit ist für Österreich eine einzigartige Lage gegeben. Nach 3 1/2 Jahren tieferer Verdrängung gegen äußere Feinde sprechen ihm gleichsam seine eigenen Völker die Existenzberechtigung ab.

In die gleiche Krise ist der polnische Staat geraten. Die bisherige polnische Staatsleitung verfolgte den Plan des Anschlusses an Österreich durch Wahl Kaiser Karls zum polnischen König. Aber stillschweigende Voraussetzung für die Polen war dabei nicht nur, daß er ihnen Galizien als Morgengabe mitbrächte, sondern auch daß den neuen Vorkönig die Grenzen nach Südböhlen gegen die Ukraine und nach Nordosten gegen Litauen weit hinausgerückt würden; darin hätte er vielleicht vorläufigen Erfolg für den Verzicht auf Polen, Litauen und Danzig gefunden.

Der Friedensschluß mit der Ukraine, welcher dieser das Gouvernement Chom in Anspruch, und die bevorstehende Proklamierung Litauens zum selbständigen Staat mit der Hauptstadt Wilna haben den Polen die Freunde an der sogenannten antipolnischen Lösung gänzlich verdröben. Eine Ablehnung an das halbherzige Ausland kommt für Polen auch nicht in Betracht, so daß im Augenblick alle politischen Hoffnungen erlöschend sind.

Die österreichisch-polnische Staatskrise ist eine Probe auf die Unlösbarkeit der Nationalitätenfragen im Osten. Es gibt keine Entscheidung, wie immer sie falle, die nicht eine der beteiligten Nationen tödlich fränke. Entschieden sich heute die österreichische Regierung, eine konstituierte Verammlung der Nationen einzuberufen und von vornherein das Selbstbestimmungsrecht jeder Nation anzuerkennen, so ginge der Nationalitätenbader mit verdoxelter Leidenschaft weiter: in der ersten Sitzung des konstituierenden Nationalitätenparlamentes würden sich Tschechen und Deutsche gegenwärtig in die Quare geraten wegen der Frage, ob das Selbstbestimmungsrecht Böhmen einheitlich ausüben werden soll oder ob Deutsch-Böhmen und Tschechisch-Böhmen es getrennt von einander ausüben können. Es gibt in Grenz- und Nationalitätenfragen eben keine prinzipiellen Entscheidungen, die für alle gleich gerecht wären, sondern nur praktische Kompromisse.

Wird kein solches Kompromiß für die Polenfrage gefunden werden? Doch Chom ukrainisch und Wilna litauisch wird, scheint unumstößlich gewiß, denn man Polen auf Galizien Westgalizien zurückzugeben. Wird Polen sich damit zufriedengeben wollen und dann von neuem auf die antipolnische Lösung zurückzukehren? Der werden die Polen durch Hartnäckigkeit es dahin bringen, daß die Mittelmächte sie ganz fallen lassen? Wird dann etwa eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen möglich sein, da für die Tschechen doch jetzt wohl die Zeit gekommen ist, den Traum vom eigenen Tschechenstaat als gänzlich unerreichbar aufzugeben?

Das alles sind schwierige Probleme, die über Österreichs Zukunft entscheiden. Hoffentlich gelingt es unterer Verbündeten, eine Lösung zu finden, die der Gerechtigkeit und der Demokratie Genüge tut und den nationalen Streit möglichst mindert.

Partei-Literatur.

Die Bedeutung des Sozialismus. In der vorliegenden Broschüre nimmt der Verfasser Dr. Max Adler den 70. Geburtstag des Rommunistischen Manifests zum Anlaß, dessen Jubeiljahr unserer Zeit in eindringlichen Worten zum Bewußtsein zu bringen, wodurch die eigentümlich heute so unmittlere Bedeutung des Sozialismus mit überzeugender Deutlichkeit zutage tritt. Der Verfasser erörtert in einer kurzen Schilderung der stufenweisen Entwicklung vom Kapitalismus zum Imperialismus, wie auch der Entwicklung des Protektorats, das nichts zu verlieren hat, als seine Ketten, zu der an der Macht des eigenen Staates interessierten Waffe, den notwendigen Zusammenbruch der Internationalen im Kriege, der so nicht nur zu einer Weltkrise der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch zu einer des Sozialismus wurde. Dies durch die Ermüdung immer härtere Verhältnisse einerseits des politischen, andererseits des gewerkschaftlichen Interesses liegt die wahre Bedeutung des Sozialismus in der Sinterung und Treten. Der Sozialismus ist mehr als die Verlangsamung dieser Interessen, er ist die klare Erkenntnis der Wurzel alles Übels im Kaiserthum, in der heutigen Gesellschaftsordnung, er ist das revolutionäre Streben nach ihrer Umgestaltung. Aus der Verleumdung der Protektoren aller freigeübten Völker, die unter dem Einfluß imperialistischer Auffassungen einen Einbruch des bloßen Arbeiterinteresses, dem Standpunkt der Empirien der Arbeiter verweigert haben, führt Adlers Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des Sozialismus wieder zu seiner alten, im Kommunistischen Manifest niedergelegten Bedeutung zurück, zum alten Berufswort des internationalen Arbeiterkampfes und des internationalen Genossenschaftes gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. So wird die in den vorhergehenden Worten skizzierte Darstellung in einer eigenen Beweisführung in bester Form, indem der Verfasser durch die wahre Erkenntnis der aufstrebenden Evidenzen die Möglichkeit ihrer Umgestaltung anzeigt. — Die Schrift ist zum Preise von 33 Sellern bei der Wiener Volksbuchhandlung J. Neumann, Neudruck und Co., Wien VI, Altmühlstraße 18 zu haben. (Jene Einbindung von 40 Sellern in Pflasterpapier erfolgt separate Aufhebung).

Von der Neuen Zeit ist außerdem das 20. Heft vom 1. Band des 36. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Streikbewegung. Von Fritz Geert. — Grundfragen der Sozialistischen Weltanschauung. Von Heinrich Gumbel. (Schluß). — Der russische Staatsantritt. Von Max Grammel. — Die Neue Zeit erhebt sich wieder einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Sportvereine zum Preise von 3.00 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 80 Pf.

Von Max Jacob ist jedoch die 4. Nummer des 35. Jahrganges erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir folgende Aufsätze hervor: Bilder: Wilkows Traum. — Bedenklich. — Ein Antifortschritt. — Aus Russland. — Die Anziehungskräfte. — Aus Italien. — Barocke Traub. T. 2: Bedenklich. Von Karl Bröger. — Baugen-Kamenz. Von St.

Der Preis der Nummer ist 15 Pf.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns toeben Nr. 10 des 28. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vom Krieg zum Frieden. — An Michel. Gedicht von Adolf Gelpkammer. — Eine bedenkliche Frage. — Opfergabe. Von Schwester Lydia Ruedland. — Die Fabrikpflanzerin. Von Martha Hoppe.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2.80 M.

Vermischtes.

Was die Tiere werden. Man sollte es kaum für möglich halten, daß sogar von Tieren, die seit Jahrtausenden in mehr oder weniger enger Gemeinschaft mit dem Menschen leben, nicht lieber angegeben werden, welches Alter sie durchschnittlich erreichen. Gelegentlich oder gelegentlich Tiere können darüber Auskunft geben, weil sie unter unnatürlichen Verhältnissen leben und nicht das Alter erreichen, das ihnen von der Natur vorherbestimmt ist. Allerdings kommen wohl auch die streifenden Tiere nur zum Teil und vielleicht zum kleineren Teil bis zu dieser Lebensgrenze, da sie viel Gefahren und Abstellungen ausgesetzt sind, die sie einem vorzeitigen Tode aussetzen. Deshalb sind für eigene nur der Tod an Altersschwäche und mit diesem auch der natürliche Tod, der schließlich jeden, die ganze Schwierigkeit der Frage gekennzeichnet. Der Korzhoff hat eine Reihe der bisher zuverlässigsten Beobachtungen über das Alter der Tiere zusammengestellt, aus denen hervorgeht, wie unklar die Schätzungen insbesondere auch für die bestimmten Tierarten sind. Das Alter der Affen läßt sich überhaupt nicht angeben, aber auch für Vögel, wie Papageien, Adler, Tauben, Finken, Kanarienvögel, lassen sich nur geringe Schätzungen über das Alter angeben. Die durchschnittliche Lebensdauer für die Finken um etwa 100 Jahren für die Adler und Papageien schwankt. Höchstens 100 Jahre und mehr können angetragene Karpen und Hechte werden, noch viel älter Schildkröten, von denen ein Exemplar ein Methusalem von 300 Jahren geworden sein soll. Für die Insekten scheint das Geseh zu gelten, daß sie in den Entwicklungsstufen, wie lange, eine höchstkurze Lebensdauer haben, die im höchsten Maße, als ausnahmsweise Tiere aber nur wenige Stunden oder gar nur Stunden bis zu ihrem Tode zu leben haben. Ganz einen Sten die Vermittlung bei den mikrotopischen Tieren, die sich durch Teilung vermehren und sehr unerblich zu sein scheinen. Von einem solchen winzigen Geschöpf sind bis zu 4500 Geschlechter gezüchtet worden, ohne daß damit ein Ende oder auch nur eine Abwärtsbildung der Zeugungsfähigkeit erreicht war.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Papier, Schreibmaterialien und sonstigen Bürobedarf für das Rechnungsjahr 1918 soll unter den im Zenträlbüro, Rathaus, Zimmer 15, einzureichenden Bedingungen vergeben werden.

Der Bedarf stellt sich auf etwa:

- 49 700 Bogen Briefpapier,
- 20 000 " Schreibpapier,
- 205 000 " Konzeptpapier,
- 50 500 " liniertes Papier,
- 8 900 " Wapppapier,
- 6 700 " Altkopier verschiedener Farbe,
- 6 650 " Briefkarton,
- 3 200 Stück Bunt- und Intenstifte,
- 700 " Federhalter,
- 7 900 " Briefumschläge, 400 mm lang, 155 mm br (Größe II),
- 16 600 " Briefumschläge, 370 mm lang, 140 mm br. (Größe I),
- 8 000 " Briefumschläge, 355 mm lang, 125 mm br. (Größe III),
- 167 300 " Briefumschläge, 195 mm lang, 130 mm br. (Größe IV),
- 135 700 " Briefumschläge, 150 mm lang, 115 mm br. (Größe V),
- 71 300 " Briefumschläge, 155 mm lang, 125 mm br. (Größe VI).

Außerdem Schreibmaschinenpapier, Linienblättern, bunte Tinte, Stempelfarben, Sicellad, Heftwirn usw. Angebote sind unter Beifügung doppelter Proben umgehend, spätestens bis 11. März 1918, nachmittags 1 Uhr im Zenträlbüro abzugeben.

Auswärtige Firmen werden nicht berücksichtigt.

Salle, am 19. Februar 1918.

Der Magistrat.

Aliepromenade 11a  **Leipzigstraße 88**
Fernruf 5738. Fernruf 1224.

Der Sultan von Johore **Waldemar Psillander**
Spannendes Filmwerk in 5 Akten. in **Der Tote am Steuer**
901) Drama in 3 Akten.

Vigo Larsen in Die Kunst zu heiraten **Die Nächte aus Amerika**
Possen-Spiel in 3 Akten. Lustspiel in 3 Akten.

In der Goldwoche
(vom 18. bis 23. Februar) gewähren wir für jedes an unsren Kassen abgelieferte Goldstück eine Freikarte für 2 Personen.

Handschuhe

große Auswahl

: Gebr. 1853. **F. C. Siebert** Fernruf 2361.
Untere Leipziger Straße 9, gegenüber der Kirche.

Umpresshüte

werden angenommen. Preis 3.50 M. Lieferzeit 3-4 Wochen.

Umarbeitungen nach neuester Form.

Große Auswahl in Blumen.

Freiz Mösenthin
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.

Ja freien Stunden

Kostenlos! Voll spannender Romane und Erzählungen. Preis 15 Pf.

Buchhdlg. Volkstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Der **Wahre Jacob**
Nr. 2 Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volkstimme, Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Trauer-Kleidung

in reicher Auswahl von einfachster bis elegantester Art.

Kleider, Blusen, Röcke, Kostüme, Mäntel, Jacken, Schürzen, Schleier, Handschuhe, Strümpfe

zu mäßigen Preisen. [891]

Sachgemäße reelle Bedienung.

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstraße 22/23.

Thalia-Säle.

Sonnabend, den 23. Febr., pünktlich 8 Uhr

Volksmülicher Kammermusik-Abend.

Ausführende:
Leipziger Künstler-Vereinigung für volkstümliche Kammermusik.
Frau **Allne Sanden**, Mitglied der Leipziger Oper (Gesang). [598]

Leitung: Konzertmeister **Heinr. Schachtelbeck**.
Haydn, Kaiserquartett, **Mozart**, Lieder, **Mozart**, Klavierquintett, **Beehoven**, Lieder, **Beethoven**, Streichquartett A-Dur op. 18 Nr. 5.

Ritter-Platz 1.
Volkstümliche Preise! Sperrplatz 1 M., Offener Platz 50 Pf. Karten in der Hofmusikalienhandlung von **Heinrich Ho.hann u. A. Arbeitersekretariat**, Harz 42.44.

Die Gleichheit

sozialdemokratische Frauenzeitschrift Nr. 8 eingetroffen.

Buchhandlung Volkstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Schuh- und Stiefel

werden besetzt und repariert [900]

Brunnenstraße 44, n. r.

Kaffeeröster

sehr preiswert.

C. F. Ritter
Leipziger Straße 90.

In unserer Reparaturwerkstatt werden für dauernde Arbeit eingeliefert

- 1 Kesselschmied,
- 1 Eisendreher,
- 1 Eisenhobler,
- 1 Eisengießer, welcher selbstständig arbeitet.

Wohnungen sind vorhanden.

Elektrowerke Aktiengesellschaft
Grube Colpa,
Post Zschornowitz,
Bez. Halle. [904]

3 Könige Varieté

Al. Klammt. 7

Das neue humoristische Programm

Neue Possen: **Die verhegten Möbel**, **Doppelstint will sich scheiden lassen**

Komisch! Größter Heiterkeitserfolg! Urfomisch!

Sie bitten, bei allen Einkäufen unsere Inserenten berücksichtigen zu wollen! ⇨⇨

Abd. Annahmen bei der Bestimmung des Provinzial-Verkehrs...

Die Entscheidung über die neuen Mittelverlebensrechte...

Zur Gewerbesteuer von Halle. Wie der Stadt Halle...

Ereignisse aus Papenburg bei Begünstigten. Auf Grund...

Gegen das Sammler zur Kellogg. In amtlichen Kreisen...

Unabhängige Exterritorien. Das Reichsamt konnte sich...

Zahliger Langfrist. Auf dem Personalbühnen wurde...

Eigentümer gefordert. Bei zwei auf dem Doppelbahn...

Zahliger Langfrist. Auf dem Personalbühnen wurde...

Eigentümer gefordert. Bei zwei auf dem Doppelbahn...

poliger, Dreihausstraße 4, I, Zimmer 37, in der Zeit von 8 bis 10...

Theater, Sehenswürdigkeiten usw. Theater. Heute, Mittwoch, kommt 'Liedland'...

Kriegsältesteverein. Der für den 21. Februar (Donnerstag)...

Aus der Provinz.

Odenwucher.

Die gewaltigen Kriegsgewinne. Die kriegslos gewordenen...

Wetter wird gemeldet. In der Stadt Weidenburg...

Der Zentralkauf für die Weinbaukammer...

Don der Eisenbahn. Zur Entlastung der Eisenbahn ist dem Wasserwege...

Unabhängige Exterritorien. Das Reichsamt konnte sich...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

formalprojektionen, teilweise zu niedrigen Isolatoren...

Wetter wird gemeldet. In der Stadt Weidenburg...

Der Zentralkauf für die Weinbaukammer...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.

Die Vereinigung der Arbeiterkräfte in Solingen...

Ein ordentlicher Verbandstag beruft der Zentralverband...

Aus der Partei.

Die Unabhängigen und der politische Streik.